



Die SPD und ich – was nun?

Meinungsbeitrag zur aktuellen Lage der SPD

Ich habe vor einigen Wochen angefangen diesen Text zu schreiben – dann aber immer wieder abgebrochen. Bringt es überhaupt etwas, seine Gedanken aufzuschreiben? Irgendwie war es mir wichtig, meine Gedanken mal zu Papier zu bringen.

Auslöser war ein gewisses Gefühl von Resignation. Als die Erstfassung entstanden ist, standen noch keine Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin fest. Aber, es gab natürlich schon die Entwicklungen, die zu den späteren Wahlergebnissen geführt haben.

Sie waren nicht so wirklich gut. Für die SPD nicht. Aber für die Union auch nicht. Bezogen auf mich und meine Partei stellt sich die Frage: Ist das Feuer für die SPD aus? Manchmal komme ich aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus und denke mir – ja. Aber ganz so einfach ist die Sache dann doch nicht.

Die persönliche Lage

Jetzt nach den Landtagswahlen, die die politische Landschaft doch deutlich verändern, lohnt sich ein Blick auf die aktuelle Politik, auf die SPD und die Gesellschaft. Ich möchte ein paar Dinge aufgreifen, die mich wirklich umtreiben.

Dass ich mit meiner Kritik nicht mehr „hinterm Berg halte“, haben einige inzwischen mitbekommen. Dazu tragen auch ein paar Berichte und Kommentare bei, in denen mich div. Medienhäuser zitierten. Zunächst habe ich mich gewundert, weshalb der „Westfälische Anzeiger“ ausgerechnet mich erwähnt. Dort hat Alexander Schäfer einen kritischen Kommentar zur SPD verfasst und dabei Tweets von mir zitiert. Der in mehreren Bundesländern veröffentlichte Beitrag hat mir einige Reaktionen eingebracht.

Wahrscheinlich hat er bewusst einen Bürgermeister aus einer kleinen unterfränkischen Kommune zitiert – und nicht (ehemalige) Parteigrößen -, um aufzuzeigen, dass zwischen uns an der Basis und der Berliner Blase eine große Distanz herrscht.

Ich will ja eigentlich nicht ständig kritisieren. In diesem Land wird schon zu viel schlechtgeredet. Wenn wir ehrlich sind: So schlecht geht es uns allen ja dann doch nicht. Aber es funktionieren mittlerweile zu viele Dinge nicht mehr so, wie wir es wünschen.

Blick auf Realität und Praxis

Im „Spiegel“ habe ich kürzlich einen Bericht über einen Fernfahrer gelesen. Er berichtet von begrenzten Lenkzeiten und überfüllten Rastplätzen. Meist völlig überteuert und eher schlechter Qualität. Natürlich wollen wir keine übermüdeten Fahrer, die ihren Brummi im Sekundenschlaf in ein Stauende rasen lassen. Aber ist Entscheidungsträgern der Alltag bewusst? Die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen muss ja auch funktionieren.

Sehr interessant finde ich immer wieder die Diskussionen, wie man aus der wirtschaftlichen Flaute herauskommt, wie endlich die Investitionsrückstände aufgeholt werden können. Es gilt Impulse für Infrastrukturprojekte zu setzen. Es entstehen neue Fördertöpfe und zusätzlich wurde ein Sondervermögen aufgelegt.

So langsam kommen erste Projekte in die Umsetzung, was ein Grund für die leichte wirtschaftliche Belebung ist. Aber was, wenn noch mehr Projekte gestartet werden? Gibt es dann ausreichend

Kapazitäten für die Umsetzung? Zunehmend komplexere Planungen durch immer neue Vorschriften - die komplizierter anstatt einfacher werden -, beschleunigen nicht unbedingt.

Auf den ersten Blick haben wir eine leichte Steigerung bei den Arbeitslosenzahlen. Allerdings gibt es in entscheidenden Branchen weiterhin Arbeitskräftemangel. Vor allem in der Baubranche. Wenn nun noch mehr Aufträge platziert werden, erleben wir eine Entwicklung, die man vom Glasfaserausbau kennt. Die Zuschläge gehen an internationale Großkonzerne mit Bautrupps aus verschiedensten Ländern. Wie diese Projekte laufen, wissen die, die damit direkt befasst sind (z.B. Bauämter in den Kommunen).

Im Handwerk ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Wir stehen vor dem Problem, dass viel mehr Wohnungen gebaut oder wesentlich mehr Altbestand saniert werden müssten. PV und Stromnetze sollen ausgebaut oder Häuser energetisch saniert werden.

Oder schauen wir in die Pflege. Natürlich möchten die Menschen lieber in den eigenen vier Wänden bleiben. Dadurch werden sehr hohe Kapazitäten in den ambulanten Pflegediensten benötigt. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird aber auch in der stationären Pflege der Bedarf ansteigen. In dieser Branche sind schon heute viele Arbeitskräfte aus allen Regionen der Erde beschäftigt – mit allen Herausforderungen, die das durch die Sprachbarriere in der Praxis mit sich bringt.

So sieht es nicht nur bei der klassischen „körperlichen“ Arbeit aus. Auch dort, wo eine akademische Ausbildung benötigt wird, fehlen Fachkräfte. Ein Blick in die Krankenhäuser zeigt das überdeutlich. Zudem mangelt es auch an anderer Stelle – z.B. Ingenieure, die neue Produkte entwickeln. Deutsche Ingenieurskunst war weltweit oft führend. Das ist sie in vielen Bereichen immer noch. Allerdings müssen wir im Automobilsektor, bei KI, in der Raumfahrt, in der Militärtechnik oder in der Medizin unsere Anstrengungen wieder deutlich erhöhen.

Das sind nur einige Beispiele, wo mehr Köpfe benötigt werden. Passt das zum aktuellen gesellschaftlichen Mindset? Oft wird ja wie folgt diskutiert:

Es sind zu viele Ausländer im Land, das muss dringend reduziert werden. Wir müssen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Leben – Stichwort Work-Life-Balance – hinbekommen. Die Lebensarbeitszeit darf auch nicht verlängert werden, denn wir wollen von unserer Rente etwas haben. Wir wollen Bürokratieabbau, aber natürlich darf es keine Abstriche bei Schutzrechten – z.B. Umweltbelange, Immissionsschutz etc. - geben

Uns muss klar sein, dass das so nicht funktionieren wird. Mir ist natürlich bewusst, dass ich das jetzt stark vereinfacht habe. Aber machen wir uns ehrlich: da ist schon was dran, oder?

Verschiedene Ansätze

Die AfD hat eine einfache Lösung für den Arbeitskräftemangel: Deutsche Frauen sollen wieder deutlich mehr Kinder bekommen. Das wäre vielleicht wünschenswert. Aber ist es realistisch, dass jede Familie wieder deutlich mehr Kinder kriegt (4-5)? Die aktuellen Geburtenzahlen sprechen eine völlig andere Sprache. Und überhaupt: Wann wäre das am Arbeitsmarkt wirksam? Wenn man das als vermeintliche Lösung verkauft, führt man die Leute an der Nase herum.

Vorschläge von linken Parteien, nach Ausweitung von Betreuungszeiten etwa, haben auch ihre Tücken. Dazu wird mehr Personal benötigt - vor allem zu sehr unattraktiven Arbeitszeiten. Das wird nicht einfach zu finden sein. Natürlich müssen wir die Betreuungsangebote ausbauen – aber mir scheint da oft ein bisschen zu viel unrealistisches Wunschdenken am Werk zu sein.

Im Bereich der Kinderbetreuung zeigt sich aktuell auch ein praktisches Problem bei der Steuerung von Investitionen. Unzählige Kommunen haben in den letzten zehn Jahren massiv in den Ausbau von Betreuungseinrichtungen investiert. Die allermeisten davon sind inzwischen mit ziemlich niedrigen Geburtenraten und dadurch Leerständen in den Kitas konfrontiert. Manchen Kommunalpolitikern war das von vornherein bewusst. Aber dem politischen und gesellschaftlichen Druck nach Erweiterungsbauten konnte man sich nicht widersetzen.

Es wurden massive Investitionen aufgebracht, die nicht für andere Dinge zur Verfügung standen (z.B. Straßensanierungen). Jetzt entstehen Leerstände. Es ist ein gutes Beispiel, wie schwierig eine Entwicklung planbar ist.

Was bewegt

Viele Menschen sind im Moment frustriert. Es wäre daher wichtig, sich der 3-5 Hauptthemen anzunehmen und gute Lösungen zu finden. Das kann doch nicht so schwer sein, oder? Tja, in der Praxis sieht das dann schon anderes aus. Die SPD macht auf Bundesebene momentan ziemlich viel falsch. Es ist einfach kein Gespür mehr dafür da, was die Menschen wirklich bewegt. Kleiner Spoiler: Paritätisch besetzte Fotos oder Rednerlisten sind es eher nicht.

Aber wie die Energiekosten mal wieder gesenkt, wie überforderte Schulen bei ihren Integrationsbemühungen entlastet oder Straftaten und Gewalt in bestimmten Bereichen von Städten endlich zurückgedrängt werden könnten, das würde die Menschen schon interessieren. Die AfD gibt dazu lautstarke Antworten und hat auch einen Schuldigen ausgemacht – die Ausländer.

So löst man zwar keine Probleme. Da sich die anderen Parteien aber schon viel zulange um sich selbst und (zumindest so wahrgenommen) abgehobene Kleinstthemen kümmern, verfängt das.

Ein ähnliches Phänomen kann man in Berlin beim Thema Wohnungsnot von der anderen politischen Seite her betrachten. Die Antwort der Linken ist zwar nicht realistisch – aber sie haben halt wenigstens eine.

Mich lässt die SPD, meine eigene Partei, inzwischen sehr oft ratlos zurück. Wir haben Krieg in Europa und werden immer offener attackiert (siehe Drohnenangriff von Leipzig) aber es werden Anträge gestellt, die Bundeswehr aus der Öffentlichkeit zu verbannen. In Berlin und anderen Städten gibt es Übergriffe von Islamisten gegen Juden, auf Volksfesten werden Frauen begripscht und bei uns werden Anträge gestellt, die Frauen durch quotierte Fotos zu stärken. Oder, die Grenzkontrollen wieder zu beenden. Echt jetzt?

Politische Alternativen

Zu solchen Dingen äußere ich mich seit geraumer Zeit sehr offen und ablehnend. Meine Partei und ich, wir sind uns fremd geworden. Daher wurde die Kandidatur als Beisitzer im Bezirksvorstand von mir zurückgezogen.

Natürlich habe ich mich auch mit Alternativen beschäftigt.

Ich finde momentan keine Partei, deren Inhalte ich stärker teile. Zu ideologisch (Die Grünen), zu weltfremd und Antisemitismusproblem (Die Linke), inzwischen in Teilen unseriös (Union) mit guten Ansätzen aber einem populistischen Vorsitzenden (FW).

Und natürlich kommt eine in weiten Teilen gesichert rechtsextreme Partei überhaupt nicht in Frage.

Dann halt parteilos. Da kann man auch Kommunalpolitik machen. Ja. Das stimmt. Ich will das nicht ausschließen. Aber die Demokratie wird aktuell angegriffen. Ich möchte eigentlich schon Mitglied

einer demokratischen Partei bleiben. Und eigentlich sollten das wieder mehr Menschen tun, damit die gesellschaftliche Verankerung gestärkt wird.

Bleibt also meine SPD. Ich habe schon mehrmals darüber geschrieben, dass sie klären muss, wo sie politisch steht. In Bad Godesberg hat sich die SPD 1959 der gesellschaftlichen Mitte geöffnet. Sie hat sich entschlossen, die Breite der Gesellschaft anzusprechen. Nicht das Verfolgen von Einzelinteressen lag im Fokus, sondern mehrheitsfähige Themen, die mit einer klaren in die Zukunft gerichteten Veränderungsbereitschaft flankiert wurden.

Es waren vor allem die großen Sozialdemokraten Herbert Wehner oder Willy Brandt, die dabei eine wichtige Rolle gespielt haben. Mit dem Wirtschaftspolitiker Karl Schiller und dem Finanzpolitiker Helmut Schmidt konnte die Partei dann zusätzlich in wichtigen Politikfeldern Kompetenz vermitteln und war wirklich für eine breite Mehrheit wählbar.

Meine Partei muss klären, ob sie in diesem Geiste wieder tätig sein will.

Was angegangen werden muss – auch, wenn es unangenehm wird

Grundlage dafür ist aber, dass man die Themen aufnimmt, die eine große Mehrheit der Menschen umtreiben. Das sind aktuell soziale Absicherung (Stichworte Rente und Krankenkassenreform), innere Sicherheit (Stichworte Clankriminalität, islamistischer Terror), Energiekosten (Stichworte Sprit- und Strompreise), Wirtschaft (Stichwort Arbeitsplatzsicherheit).

Bei diesen Themen sind wir entweder zu wenig präsent oder vertreten oft eine Linie, die der öffentlichen Meinung völlig konträr liegt. So wird das nichts.

Wir müssen endlich aufhören Probleme zu negieren, die uns vielleicht nicht gefallen, aber da sind. Leider ist dies bei der Migration besonders krass. Es gibt die vielen tollen Beispiele für gelungene Integration. Zudem sind wir aufgrund der alternden Bevölkerung dringend auf Zuwanderung angewiesen. Aber es gibt auch viele Stellen, an denen etwas nicht klappt.

Schauen wir z.B. in die Schulen. In den Gymnasien können viele Probleme noch gut aufgefangen werden. Aber wie sieht es in Mittelschulen aus? Wenn plötzlich der halbe Jahrgang große Probleme hat dem Unterricht zu folgen, wie sollen das Lehrkräfte auffangen? Vor allem: Wie soll das in den Dörfern funktionieren, wo überhaupt keine begleitende Infrastruktur vorhanden ist. In Städten sind noch verschiedene Beratungsangebote vorhanden. Die gibt es in kleinen Orten aber nicht. Und diese Probleme sind da. Sie müssen gelöst werden.

Die Energiepolitik der letzten 15 Jahre kann auch nicht so wirklich als gelungen bezeichnet werden. Es wird gerne mit dem Finger auf die „Ampel“ gezeigt. Daran ist aber nicht nur die letzte Bundesregierung schuld. Wir bauen seit Jahren Erneuerbare Energie aus und merken irgendwann, dass unser Netz das nicht aufnehmen kann und das Erzeugungsort nicht zum Abnahmeort passt. Bei Netzüberlastung muss abgeregelt werden. Betreiber erhalten dafür Ausgleichszahlungen. Umgelegt wird das dann auch auf Menschen, die vielleicht überhaupt nicht die Möglichkeit haben, selbst in Richtung Erneuerbare Energie etwas zu tun - als Mieter, aufgrund fehlender Eigenmittel oder einem ungünstigen Gebäudestandort.

Natürlich ergeben sich daraus Konflikte. Ich bin der Meinung, dass wir den Ausbau beschleunigen müssen. Aber es macht halt nicht alles Sinn. Die Frage ist zudem, welche Investitionen sind im Verhältnis zum Zubau angemessen? Ortsnetze in einzelnen Straßenzügen für siebenstelligen Beträge auszubauen, damit noch ein, zwei PV-Anlagen aufgenommen werden können, macht jedenfalls keinen Sinn.

Ich frage mich auch, weshalb solche grundsätzlichen Entwicklungen nicht klarer bundespolitisch gesteuert werden? Viele Konflikte werden zwar durch Entscheidungen im Bundestag ausgelöst, aber dann zur Lösung vor die Rathäuser gekippt. Zu den großen Projekten in den Bereichen Windkraft, Stromtrassen oder Umspannwerken bilden sich inzwischen Gegeninitiativen – nicht mehr nur in Einzelfällen, sondern grundsätzlich. Da muss rechtlich mit klareren Vorgaben gearbeitet werden, die das bundesweit besser steuern.

Die Sicherheitspolitik ist ebenfalls eine offene Flanke. Im Innern, wie außen. Ja, wir müssen über die Ukraine sprechen. Kritik an der Unterstützung wird von AFD und BSW befeuert. Aber vielleicht fällt das auch deswegen auf fruchtbaren Boden, weil nicht offen genug über die aktuelle Bedrohungslage gesprochen wird. Wir werden auf hybride Weise nahezu täglich attackiert – vor allem aus Russland. Wie kann es sein, dass Parteien, die ansonsten jedes kleinste Vergehen von Ausländern anprangern, das so einfach hinnehmen? Ich kann mir das eigentlich nur durch eine finanzielle Abhängigkeit erklären.

Sicher wird bei Rüstungsinvestitionen nicht alles richtig gemacht. Und natürlich müssen wir offen diskutieren, ob Ausgaben in diesen Dimensionen wirklich notwendig sind. ABER: Die bittere Wahrheit ist, dass wir unsere Sicherheitsinteressen viel zu lange sträflich vernachlässigt haben. Die Putins, Xis oder Trumps dieser Welt merken das – und nutzen es. Schon Willy Brandt – immerhin ein Friedensnobelpreisträger – wusste, dass Diplomatie eine gewisse eigene Stärke voraussetzt, wenn wirklich faire Ergebnisse erzielt werden sollen. Da müssen wir wieder hinkommen. Nicht mehr – aber das ist leider auch nicht wenig.

Besonders heiß diskutiert werden aktuell die angedachten Reformen. Mich macht das Vorgehen der Bundesregierung hierbei ratlos. Ein Reformprozess ist mit Veränderungen und häufig auch mit Einschnitten verbunden. Dazu muss man die Menschen motivieren. Man muss ein klares Ziel formulieren und Lasten gerecht verteilen. Erst einmal die Menschen pauschal als zu faul oder behäbig abzustempeln, ist da wenig hilfreich.

Wer hat sich diesen Unfug mit der Krankschreibung am ersten Tag einfallen lassen? Einfach mal eben alle Arbeitnehmer unter Generalverdacht stellen, dass sie häufig „blau machen“? Oder, ist denn keiner auf die Idee gekommen, dass man der Rentenkommission, die das Thema vor allem technisch, wirtschaftlich betrachtet hat, noch eine kleine politische Einordnung hinterherschicken sollte, damit nicht sofort der Eindruck entsteht, dass die Arbeitsleistung von sehr langjährig beschäftigten Menschen nicht gewürdigt wird? Natürlich wird das bei Dachdeckern völlig anders diskutiert, als bei Wirtschaftsprofessoren.

Es wäre unredlich, so zu tun, als bräuchten wir keine Reform. Das macht die Demographie notwendig – völlig losgelöst von der finanziellen Lage der Rentenversicherung. Aber mir ist schleierhaft, weswegen die Beitrags- und Beschäftigungsjahre nicht stärker mit einfließen. Die sogenannte „Rente mit 63“ war ein richtiger Ansatz. Es gibt eine Regelaltersgrenze und für langjährig Beschäftigte eine Möglichkeit früher (abschlagsfrei) zu gehen. Die Regelung wurde vielleicht in zu vielen Fällen von Menschen genutzt, die weniger belastende körperliche Tätigkeiten ausüben und oft überdurchschnittlich verdienen. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass das Ansinnen falsch wäre.

Wenn man die Empfehlung der Rentenkommission mit dieser Systematik verbindet und diese stärker auf sogenannte körperliche Arbeit beschränkt (Beispiel Österreich), könnte doch ein Kompromiss gefunden werden, der für die Beschäftigten gerechter ist, als einfach pauschal die Altersgrenze anzuheben.

Anpacken

Man kann bei notwendigen Reformen unterschiedlich vorgehen. Vielleicht wäre es sinnvoll mit Dingen anzufangen, die innerhalb der Regierung und auch in der Gesellschaft nicht so umstritten sind – das gilt ja in Wirklichkeit für den größeren Teil des Reformpakets. Dann gibt es wenigstens einige Erfolgsmeldungen.

Wenn man sich aber zu sehr im Kleinklein verheddert, ist vielleicht die Methode „Schröder“ doch erfolgsversprechender – erst einmal mit der Brechstange ran und dann Schritt für Schritt die größten Ungerechtigkeiten ausgleichen.

Ich weiß ja, dass er in weiten Teilen meiner Partei verhasst ist. Er wird für den Niedergang der SPD verantwortlich gemacht und ist in Bezug auf Putin leider völlig falsch abgebogen. Wenn man heute aber mal ganz ehrlich auf die letzten 20 Jahre blickt, dann war vielleicht doch mehr richtig, als falsch. Das Land steuerte vor 25 Jahren auf immer neue Rekorde bei der Arbeitslosigkeit zu und war nach den Kohl-Jahren immer noch in einer wirtschaftlichen Lethargie gefangen.

Das sah wenige Jahre nach der Agenda 2010 völlig anders aus. Die gravierendsten Fehler, wie z.B. auf einen Mindestlohn zu verzichten oder zu viele prekäre Beschäftigungsformen zuzulassen, muss man ja nicht wiederholen.

Wir müssen uns ehrlich machen. Die öffentlichen Haushalte stehen nicht mehr nur mit dem Rücken zur Wand. Sie sind inzwischen fast flächendeckend unbeherrschbar. Die Ausgaben im Sozialbereich sprengen alle Grenzen. Immer mehr Kommunen sind deswegen inzwischen handlungsunfähig.

Wenn man noch vor 2, 3 Jahren in Bayern eine Entwicklung, wie in manchen Ruhrpottstädten oder Oststädten, die den Verfall nicht mehr aufhalten können, für ausgeschlossen hielt, wird man inzwischen mit einer neuen Realität konfrontiert. Auch hier gibt es immer mehr ungenehmigte Haushalte oder Städte, die zu Haushaltssperren greifen müssen (z.B. Nürnberg, Augsburg, Aschaffenburg).

Mir ist unbegreiflich, weshalb da die Alarmglocken nicht viel lauter schrillen. Das gefährdet die Gestaltung des Alltags der Menschen. Wenn dem nicht entschieden gegengesteuert wird, dann werden reihenweise Schwimmbäder schließen, Spielplätze und andere Freizeiteinrichtungen verschwinden, Altbestand nicht mehr saniert etc.

Wer sich offen und ehrlich mit dieser Situation befasst, kommt nicht umhin festzustellen, dass Kürzungen unvermeidlich sind.

Die wichtige Frage wird aber sein wie, bei wem, in welchem Umfang. Ein persönlicher Hinweis. Es wird oft davon gesprochen, der Staat hätte kein Einnahme- sondern ausschließlich ein Ausgabeproblem. Das stimmt aber nicht. Es gibt immer noch zu viele Steuerschlupflöcher für gigantisch hohe Vermögen. Dazu zählt eine vernünftige Besteuerung von Erben – aber eben nicht, wie zu oft von Aiwanger und anderen suggeriert wird – für „Omas Häuschen“, sondern für die Vermögenswerte im sehr hohen Million- oder Milliardenbereich.

Es müssen einige Dinge angegangen werden. Dabei wird ganz wichtig sein, ein Gefühl für die Menschen zu entwickeln, die jeden Tag arbeiten, im Schichtdienst tätig sind, als Bäcker schon um 2 Uhr aufstehen etc. Dieser Appell geht nicht nur an meine Partei, sondern alle Verantwortlichen.

Selbstreflexion

Er geht aber ein Stück weit auch an die Gesellschaft. Früher war nicht alles besser. Wer sich Bilder aus den 1980er Jahren anschaut, sieht viel weniger Spielplätze, Stromleitungen, die oberirdisch von Haus zu Haus gespannt und dementsprechend für Wettereinflüsse anfällig waren, teilweise hochverschmutzte Flüsse und Bäche, keine Nachmittagsbetreuung (zumindest im Westen), Fassaden,

die von Abgasen schwarz sind, Menschen, die max. 1x in den Urlaub fahren, Familien, die sich nicht mehr als ein Fahrzeug leisten konnten etc. Es war nicht alles so gut, wie es im Moment manchmal dargestellt wird.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde viel bewegt. Dafür war in erster Linie die Generation meiner Eltern verantwortlich. Die haben viel richtig und auch so manches falsch gemacht. Im Nachhinein ist man immer schlauer, da es Erfahrungswerte gibt. Aber eines gilt: Sie haben gemacht. Wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir uns vielleicht auch eingestehen, dass wir manchmal mehr erwarten, als wir selbst zu leisten bereit sind. Das gilt nicht für jeden individuell – aber vielleicht doch im Schnitt? Ich weiß nicht, ob es wirklich so ist, aber vielleicht sollten wir ab und an mal Selbstreflexion betreiben.

Stand der Dinge

Um noch einmal auf die Eingangsfrage zu kommen. Die SPD und ich. Geht das noch? Bildlich gesprochen: Das Feuer ist noch nicht erloschen. Aber die Flammen sind nur noch dezent zu sehen. Das gilt leider für die Demokratie insgesamt. Ich hätte es mir nie träumen lassen, dass die Union aus einem Landtag fliegt. Aber selbst das ist jetzt Realität.

Ich bin skeptisch, dass diese Bundesregierung mit diesem Bundeskanzler noch vernünftig arbeiten kann. Vielleicht wäre ein lauter Knall für alle besser? Er würde noch einmal wachrütteln. Der Rücktritt von Bärbel Bas war schon ein erster Knall. Er zeigt auch, dass sich dringend einige Personen hinterfragen und wieder besser zusammenwirken müssen.

Der Rücktritt wird auch Veränderungen in der SPD auslösen. Irgendwie bin ich da dann doch wieder mittendrin.

Die von mir erwähnte Berichterstattung zu kritischen Äußerungen meinerseits hat den Nebeneffekt, dass ich mit neuen Menschen aus meiner Partei in Kontakt gekommen bin. Genossen, die ebenfalls langjährig in der Kommunalpolitik tätig waren oder sind und sich wünschen, dass die SPD sich wieder etwas stärker an der Lebensrealität der Menschen orientiert. Es sind Menschen aus verschiedenen Bundesländern, die dieser Entwicklung nicht mehr tatenlos zusehen, sondern Erfahrung einbringen möchten. Der Austausch tut gut.

Am Wochenende nehme ich (vorerst) letztmals an einem Landesparteitag teil. Mal schauen, wie dort die Diskussionen verlaufen.

Im August war mein Feuer für die SPD eigentlich erloschen. Die neuen Kontakte und der damit verbundene Austausch, aber auch die AfD-Erfolge und damit verbundenen Auswirkungen für die Demokratie, haben mich wieder etwas angestachelt. Es war - bildlich gesprochen - ein Windhauch, der die Glut wieder ein bisschen entfacht hat. Mal schauen, was daraus wird.

Ein persönliches Fazit: Ja, die SPD und ich sind uns ein Stück weit fremd geworden – aber wir sind noch keine „geschiedenen Leute“. In Schweden oder Dänemark sieht man, wieviel eine Sozialdemokratie der Gesellschaft geben kann.

Nicht nur bei der oft zitierten Migrationspolitik – die man auch gar nicht so einfach 1:1 auf Deutschland übertragen kann -, sondern vor allem bei einer modernen Familien-, einer nachhaltigen Sozial- und soliden Wirtschaftspolitik. Irgendwie, als wären Personen vom Schlage einer Regine Hildebrandt oder eines Helmut Schmidt noch da – nur mit den passenden Antworten für das 21. Jahrhundert. So stelle ich mir Sozialdemokratie vor.

Vielleicht kann das noch mal Ansporn sein. Man wird ja ein bisschen träumen dürfen.

Frammersbach, Oktober 2026